

Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und  
Geschichtspolitik im geteilten Deutschland.  
Ein Tagungsbericht

*Christian Muth*

Zu den Kernaufgaben der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt gehört, neben der Beschäftigung mit reformationsgeschichtlichen Themen, auch die Aufarbeitung der Rezeptions- und Wirkungsgeschichte reformatorischer Traditionen. Mit der Tagung ‚Reformation und Bauernkrieg. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik im geteilten Deutschland‘ vom 26. bis 28. März 2009 wurde dies erneut eindrücklich bewiesen. Gemäß der von *Edgar Wolfrum* in seinem einführenden Vortrag gegebenen Übersicht zu den Methoden der Erforschung von Erinnerungskultur und Geschichtspolitik wurden neben der Analyse der Träger und Adressaten sowie ihrer Motive, Ziele und Gegenengagements auch die Kontexte, Phasen und Medien der Reformations- und Bauernkriegsdeutungen aus unterschiedlichen Perspektiven beschrieben. Aus der von verschiedenen Fachwissenschaftlern und Museumspraktikern vorgenommenen Analyse von Monographien, Akten, Vitrinentexten, Gedächtnisreden und Straßennamen sowie der mehrfach thematisierten persönlichen Erinnerung entstand ein durch die Kommentare von *Martin Sabrow*, *Klaus Fitschen*, *Sascha Möbius* und *Stefan Rhein* gerahmtes Panorama von den deutsch-deutschen Erinnerungskulturen und Geschichtspolitiken zwischen 1945 und 1990. Dieses lässt vier sich überblendende Bereiche erkennen: wissenschaftliche Reformations- und Bauernkriegsforschung, Jubiläumspraxis, museale Durchsetzungsstrategien und regionalpolitisches Agieren.

Bei seinem Gang durch die Geschichte der Reformations- und Bauernkriegsforschung im geteilten Deutschland unterschied *Volker Leppin* aufgrund der Beobachtungen von Relationen, Äquivalenzen, Interdependenzen und Dissonanzen drei Etappen: Auf die zunächst in Ost und West parallel verlaufende, einerseits durch Bernd Moeller und andererseits durch Franz Lau angestoßene, Entwicklung des sozialgeschichtlichen Denkens, folgte mit den 1970er-Jahren eine Zeit der unterschiedlichen Deutungen des linken Flügels der Reformation, in welcher die Systemgegensätze zwischen Ost und West ebenso deutlich wurden wie die unterschiedliche Bewertung Müntzers in der kirchlich-theologischen Wissenschaft einerseits und der geschichtswissenschaftlichen Forschung andererseits. In den 1980er-Jahren hingegen kam es zu einer erneuten Annäherung der Geschichtsbilder. Ohne es zuzugeben, hatte sich die Forschung in der DDR den von der westlichen Forschung vorgebrachten Argumenten gebeugt und auch die theologischen Impulse im Denken Müntzers und Luthers wieder aufgewertet.

Einen ganz persönlichen Einblick in die zweite der von Leppin beschriebenen Phasen und den zu dieser Zeit stattfindenden informellen Kontakten zwischen marxistischen und nicht-marxistischen Reformationshistorikern gab der Vortrag von *Siegfried Bräuer*, welcher von seinen sich auf Thomas Müntzer und den Deutschen Bauernkrieg beziehenden Korrespondenzen und Begegnungen mit Max Steinmetz berichtete. Diese gaben zum einen Einsicht in die latenten Spannungen innerhalb des in der Öffentlichkeit als monolithisch wahrgenommenen Blocks marxistischer Historiker. Zum anderen ermöglichten sie den wissenschaftlichen Austausch zwischen in konträren Systemen eingebundenen Historikern sowie die Information der kirchlichen Leitungsebene über die staatlichen Vorbereitungen zum 450. Jahrestag des deutschen Bauernkrieges und zum Lutherjubiläum in den Jahren 1975 und 1983.

Haben die Jubiläen 1967, 1975 und 1983 für die Analyse der Geschichtspolitik im geteilten Deutschland einen besonderen Stellenwert, so erinnerte *Johannes Schilling* auch an die Reformationserinnerung anlässlich des am Beginn der interessierenden Epoche stehenden 400. Todestages Martin Luthers im Jahr 1946. Neben den Äußerungen der Kirchenführer Otto Dibelius und Hans Meiser,

dem Hamburger Hirtenbrief, sowie Handreichungen und Zeitungsberichten lag der Schwerpunkt seiner Analysen bei universitären Festreden. Thematisierten diese die jüngste Vergangenheit und die sich ergebenden Folgen für die Zukunft nur in einer defizitären Weise, so kommt der Bußrede Heinrich Vogels in Berlin eine besondere Stellung zu, weil in ihr historischer Präsentismus und die Deutung Luthers als Exempel, Erbauungsfigur oder Prophet Deutschlands keine Anknüpfungspunkte mehr fanden.

*Claudia Lepp* untersuchte die sich in den Jubiläumsjahren 1967 und 1983 verdeutlichenden innerdeutschen Kirchenbeziehungen. Dabei machte sie deutlich, dass die Vorbereitungen auf die Feierlichkeiten von den Vertretern der EKD und denen der Kirchen in der DDR so unterschiedlich verliefen, weil sich die Westkirchen beide Male mit Rücksicht auf die Lage der Kirchen in der DDR zurückhielten. Hinzu kommen jedoch die sich ebenfalls in beiden Jubiläen abzeichnenden Dissonanzen zwischen den ost- und westdeutschen Kirchenvertretern, welche 1967 vor allem durch die Wahrnehmung der massiven marxistischen Beanspruchung Luthers motiviert und 1983 auch durch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen sowie theologisch-konfessionelle Meinungsverschiedenheiten begründet waren. Dennoch bestand eine grenzübergreifende Erinnerungsgemeinschaft insofern, als sich die Kirchen bei beiden Jubiläen „weitgehend getrennt in ähnlicher Weise an eine sie verbindende Geschichte“ erinnerten.

Klang im letzten Vortrag bereits die bei dem Jubiläum 1983 bestehende Erinnerungskonkurrenz zwischen SED und den evangelischen Kirchen in der DDR an, so wies *Wolfgang Flügel* bei seiner Analyse desselben auf die konträren kirchenpolitischen Ansätze innerhalb der SED hin: Bemühte sich der Staatsapparat im Gegensatz zu 1967 nun einerseits um eine Kooperation mit den von einem Planungsvorsprung profitierenden, zwischen gewachsenem Selbstbewusstsein und der Sorge um staatliche Vereinnahmung oszillierenden Kirchen, so beugte er sich andererseits fortschreitend doch auch den Genossen, die bereits die ‚Thesen über Luther‘ als einen Verrat an der marxistischen Lehre verstanden und Ängste vor einem Macht- und Kontrollverlust hegten. Wurde neben der die Erinnerungskonkurrenz verstärkenden Proklamation des Karl-Marx-Jahres

massiv in die kirchlichen Jubiläumsfeiern eingegriffen, so wurde damit bereits die Weiche für eine künftige, die SED-Propaganda von einer stabilen Beziehung zwischen Staat und Kirche ad absurdum führende Kirchenpolitik gestellt.

Dass die Feiern des Lutherjubiläums 1983 den staatlichen Akteuren in der nach internationalem Ansehen strebenden DDR nicht unerhebliche organisatorische Herausforderungen bereiteten, thematisierte *Peter Maser*. Sie hatten sich nicht nur mit dem Bund der Evangelischen Kirchen, der sich aufgrund der Erfahrungen von 1967 den Umarmungsversuchen zu entziehen suchte, auseinanderzusetzen. Die von Erich Honecker angeordnete „gesamtgesellschaftliche Totalmobilisierung im Zeichen Luthers“ war außerdem mit den Problemen der Mangelwirtschaft und der Betreuung der nationalen wie internationalen Festgästen, vor allem denen aus dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet samt den Polittouristen und den Vertretern westlicher Massenmedien, konfrontiert. Hinzu kam die Notwendigkeit diskreter diplomatischer Bemühungen, welche mit der letztlich unerfüllten Hoffnung auf den Besuch verschiedener gekrönter und ungekrönter Staatsoberhäupter verbunden waren. Schließlich musste auch auf die sich aus der Perspektive der Staatsicherheit durch die Kirchentage ergebenden Risiken reagiert werden. Dass dies nicht umfassend möglich war, zeigen letztlich die Ereignisse beim Wittenberger Kirchentag, bei dem die sich formierende Opposition zum ersten Mal öffentlichkeitswirksam in einer zuvor nicht da gewesenen Weise geschlossen auftrat.

Auf welche Probleme die Durchsetzung marxistischer Geschichtsbilder auch in der musealen Praxis stieß, wurde von *Jan Scheunemann* anhand der zum 10. Jahrestag der Bodenreform erfolgten Bauernkriegsausstellung im Museum für Deutsche Geschichte einerseits und der Ausstellung der staatlichen Lutherhalle in Wittenberg andererseits aufgezeigt. Zu diesen gehörten sowohl das Fehlen authentischer Objekte und die in Diskrepanz zur intendierten Anschaulichkeit stehende Darstellungsweise als auch der Wandel der Geschichtsbilder selbst. Erschwerend hinzu traten schließlich der sich in den Auseinandersetzungen um die Gestaltungshoheit der Lutherhalle deutlich artikulierende ideologische Nonkonformismus und die Permanenz traditionell verfestigter Formen der Erinnerungskultur.

Auf welche Weisen sich die Akteure der Museums- und Gedenkstättenarbeit in der DDR den Problemen stellten, wurde an den die Inszenierungen auf der Wartburg und in der Mühlhäuser Kornmarktkirche thematisierenden Vorträgen von *Günter Schuchardt* und *Alexander Fleischauer* deutlich. Thematisierte der eine Wandel und Stetigkeiten der Konstruktion des nationalen Kulturdenkmals aus den geschichtlichen Versatzstücken der mittelalterlichen Dichtkunst, der Bibelübersetzung Luthers, des Bauernkrieges und des Wartburgfestes, so beschrieb der andere die 1975 erfolgte museale Umsetzung der marxistischen These vom Klassenkampf der Volksmassen als Motor der geschichtlichen Entwicklung und hob dabei die Konstruktion einer Traditionslinie von den Bauern 1525 bis hin zur historischen Erfüllung ihrer Ziele und Forderungen in der DDR hervor.

Einen direkten Vergleich der verschiedenen Weisen musealer Geschichtspolitik in der DDR einerseits und der Bundesrepublik andererseits hat *Thomas T. Müller* mit seinem Überblick über die Hintergründe und Zusammenhänge der Entstehung der verschiedenen Bauernkriegsmuseen ermöglicht. Dabei wurde ersichtlich, inwiefern die Einrichtungen in Mühlhausen, Allstedt, Heldrungen, Stolberg und Franckenhäuser zum überwiegenden Teil im Sinne der Beschlüsse des vom Ministerrat beauftragten Komitees konzipiert wurden und wie sehr die staatstragende Konstruktion des Zusammenhangs von Bauernkrieg, wissenschaftlichem Sozialismus, revolutionärer Arbeiterbewegung, Befreiung vom Faschismus sowie Gründung und Entwicklung der DDR die Museumsgestaltung bestimmte. Demgegenüber lassen sich die Museen in Böblingen, Beutelsbach, Baltringen, Hilzingen, Nußdorf und schließlich auch Leipheim vor allem auf bürgerschaftliches Engagement und die in der Bevölkerung vorhandene Lobby für die Erinnerung an den Bauernkrieg zurückführen.

Dieser Eindruck konnte auch durch den Vortrag von *Cornelia Wenzel* bestätigt werden, welcher unter anderem von dem Entstehen des 1988 eröffneten Bauernkriegsmuseums in Böblingen berichtete, in welchem die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Hintergründe wie auch die Chronologie des Bauernkrieges dargestellt werden.

Dass Ausstellungen auch in der Bundesrepublik in größere politische Zusammenhänge gestellt wurden, zeigte der wiederum persönliche Bericht von *Bernd Moeller* über die Vorbereitungen zur Ausstellung ‚Martin Luther und die Reformation in Deutschland‘ im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg 1983. Wurden die Spannungsfelder zwischen Kirche und Staat, Kirche und historischer Wissenschaft sowie bezüglich der Beziehungen der beiden deutschen Staaten von den Initiatoren zunächst nicht überblickt, so versuchte man auch in der Folgezeit, die Ausstellung von politischen, kirchlichen und sonstigen Gegenwartsinteressen unabhängig zu halten. Der dennoch erfolgte politische Schub wurde schließlich aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung der Aktivitäten des Lutherkomitees in der DDR von außen an die Organisatoren herangetragen. Er wirkte sich sowohl auf die Schirmherrschaft als auch die Finanzierung, vielleicht sogar die Ermöglichung einiger vatikanischer Leihgaben, auf jeden Fall aber auf die als politisch-kirchliches Großereignis zelebrierte Eröffnungsfeier aus.

Die stadt- und regionalgeschichtlichen Auswirkungen der Geschichtspolitik stellte *Steffen Raßloff* am Beispiel Erfurts dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der bis dahin sehr prägekräftigen, nun als antisozialistisch wahrgenommenen lokalen Luthererinnerung zunächst das Bild vom antinationalen Fürstenknecht und Bauernfeind entgegengesetzt. Setzte diesbezüglich schon in den 1960er Jahren ein allmählicher Wandel ein, so kam es 1983 auch in Erfurt zu einer entschiedenen Neubewertung der Geschichte und des kulturellen Erbes. Dies zeigte sich etwa an den Wiederaufbau- und Sanierungsprogrammen und beförderte so die langfristig andauernde internationale Beachtung der Stadt. Allerdings war der in diesem Jahr inszenierte Frieden zwischen Staat und Kirche nur oberflächlich, wie andernorts wurde er auch in Erfurt von leitenden Mitgliedern der SED nur in sehr begrenztem Maße mitgetragen.

Diese Beobachtungen wurden durch den auf das Erfurter Augustiner Kloster fokussierten Vortrag von *Andreas Lindner* ergänzt. Des Klosters langer Weg zu einer kirchlichen Erinnerungsstätte war gepflastert mit Problemen, welche sich nicht bloß aus den lange Zeit diffizilen Eigentumsverhältnissen ergaben. Auch die Finanzierungsprobleme des Wiederaufbaus, denen man je nach Zuwendungsgeber

mit verschiedenen Argumentationsstrategien begegnete, wie auch die funktionelle Ausrichtung, welche eine intensivere Nutzung im Rahmen einer öffentlichen Gedächtniskultur verhinderte, waren dafür verantwortlich, dass man hier bis zur Wende von 1989/90 hinter dem eigenen Anspruch zurück blieb.

Den Beiträgen zur Erinnerungskultur in Erfurt korrespondierten die zur Zeitgeschichte Wittenbergs. Bei seiner Analyse des Fremdenverkehrs in der ‚Lutherstadt‘ stellte *Silvio Reichelt* fest, dass aufgrund der staatlichen Einschränkungen gesamtdeutscher Ambitionen und der einsetzenden Konkurrenz um die Deutungshoheit der Reformationsgeschichte zwischen Staat und Kirche nach 1945 nicht an den kirchlichen Pilgertourismus der 1920er-Jahre angeknüpft werden konnte. Weil jedoch Stadt- und Schlosskirche den staatlichen Zugriffsmöglichkeiten entzogen waren und auch im Lutherhaus kirchliches Mitspracherecht eine Inszenierung im Sinne der These von der frühbürgerlichen Revolution verwehrte, konnte der Erinnerungsort Wittenberg nicht ganz im Sinne der sozialistischen Erbeaneignung umgeformt werden. Gerade deshalb bemühte man sich staatlicherseits, durch planvolle Denkmalpolitik, den Einsatz von besonders geschulten Stadtbilderklärern und weiterer Informationsmaterialien um eine gezielt sozialistische Selbstdarstellung im übrigen Stadtgebiet.

*Kathy Hannemann* fasste die sich beim Lutherjubiläum 1983 in Wittenberg zeigenden Überschneidungen kirchlicher und staatlicher Aktivitäten ins Auge. Dabei lassen sich vor allem das für die SED prestigeträchtige Engagement bei der Instandsetzung kirchlicher Bauten, die Gestaltung der neuen Ausstellung im Lutherhaus und die Aktivitäten beim Kirchentag nennen. Bezüglich des letztgenannten sind neben den staatlichen Beschränkungen und der massiven Observanz ebenfalls ein bisher so nicht praktiziertes Entgegenkommen gegenüber den Kirchen, aber auch ein sich vor allem in der Schmiedeaktion im Lutherhof zeigender Kontrollverlust staatlicher Stellen zu konstatieren.

Dass geschichtspolitische Praxis auch an weniger prominenten Orten zu beobachten ist, rief *Johanna Sanger* mit ihrem die mnemotechnischen Funktionalisierung von Straßen- und Ehrennamen in der DDR thematisierenden Vortrag in Erinnerung. Hatte die mar-

xistische Geschichtswissenschaft die Kontinuität der fortschrittlichen und revolutionären Traditionslinie von Müntzer bis in die Gegenwart behauptet, so konnte der Bauernkriegsführer eine Vorbildfunktion für die Landwirtschaft, Montanindustrie und mitunter auch für die Soldaten einnehmen und insofern in den Kanon der mit Straßen- und Ehrennamen zu erinnernden historischen Persönlichkeiten aufgenommen werden.

Wurden im Rahmen der Tagung viele Facetten der im Zusammenhang mit der Luther-, Müntzer- und Reformationsdarstellung verbundenen geschichtspolitischen Praxis ausgeleuchtet, so markierten die Kommentare und Diskussionen einige bisher noch offene oder weiter zu verfolgende Fragestellungen. Hierzu gehören etwa die Rezeption der vermittelten Geschichtsbilder durch die Besucher der Museen und Gedenkstätten sowie die Weitergabe derselben auch im internationalen Beziehungsgefüge. So wäre es beispielsweise lohnenswert zu erheben, inwiefern die im geteilten Deutschland geprägten Bilder der Reformationszeit auch in den USA, Nord-europa, dem Gebiet der damaligen ČSSR oder auch in Siebenbürgen wirksam wurden. Einen anderen Aspekt stellt die Frage nach der geschichtspolitischen Praxis im demokratischen Gefüge dar. Klang mehrfach an, dass die Reformationserinnerung auch in den außen- und innenpolitischen Überlegungen der Bundesrepublik wahrgenommen wurde und darüber hinaus geschichtspolitische Praxis auch ‚en miniature‘ wirklich ist, so sind auch diese Wege noch weiter zu beschreiten. Hierzu gehört schließlich als dritter Aspekt auch die Frage nach den geschichtspolitischen Dimensionen gegenwärtiger Darstellungen der Reformationszeit einerseits und des geteilten Deutschlands andererseits.